

Standortfaktor Toleranz

Rechtsextremismus ist ein Standortnachteil. Deshalb müssen Zivilgesellschaft und weltoffene Zentren in Ostdeutschland gestärkt werden.

Der Rechtsextremismus in vielen ländlichen Teilen Ostdeutschlands ist ein zunehmendes Problem für die Wirtschaft. Denn er verhindert, dass hoch qualifizierte Fachkräfte herkommen oder bleiben wollen. Da diese jedoch entscheidend sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, ist ein Umdenken beim Aufbau Ost gefragt: Erstens müssen der Förderung von Toleranz und Offenheit sowie der Stärkung der bürgerlichen Zivilgesellschaft eine ebenso große Bedeutung beigemessen werden wie dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder der Höhe des Subventionsniveaus. Zweitens ist eine weitere Konzentration der vorhandenen Fördermittel auf die Wirtschaftszentren erforderlich, um deren Attraktivität und Entwicklung in besonderem Maße zu fördern.

Der zunehmende Fachkräftemangel wird das bestimmende Wirtschaftsthema der kommenden Jahre. Besonders in Ostdeutschland weisen sämtliche der inzwischen zahlreich durchgeführten Unternehmensbefragungen schon heute einen steigenden Bedarf vor allem an Akademikern auf. Die wesentlichen Ursachen dafür sind einerseits der „brain drain“, also der Wegzug der vorhandenen Spitzenleute, insbesondere der weiblichen, und andererseits das negative Image, verursacht durch rechtsextreme Gewalttaten, das potentielle Spitzenkräfte abschreckt.

Die Konsequenzen sind fatal: Erstens ist mit einem Gehaltswettbewerb um die verbleibenden Hochschulabsolventen und somit steigenden Produktionskosten bei den Unternehmen zu rechnen. Zweitens wird die dringend notwendige Entstehung vor allem größerer Unternehmen mit Hauptsitz in den Neuen Ländern mangels Personal gehemmt oder zumindest höhere Rekrutierungskosten erfordern. Drittens dürfte die ohnehin vergleichsweise niedrige Gründungsrate, insbesondere in wichtigen Hochtechnologieberei-

chen, weiter absinken. Schon jetzt sind viele Unternehmen in Ostdeutschland sehr aktiv bei ihrer Personalentwicklung: Berufsorientierungsprogramme, Hochschulkooperationen und Ausbildung über Bedarf sind überlebenswichtig geworden, der Staat fördert kräftig mit. Selbst packende Imagefilme, die sich weniger mit dem Betrieb selbst als mehr mit der Lebensqualität des Standorts befassen, zählen vielerorts zu einem gerne genutzten Instrument bei der Anwerbung von Spitzenleuten. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass für diese laut Umfragen die Attraktivität des Lebensumfeldes heute wichtiger ist als das Renommee des Arbeitgebers oder die Höhe des Gehalts.

Doch Imagefilme oder Standortkampagnen laufen angesichts der Herausforderung durch den Rechtsextremismus ins Leere. Die nationale Medienlandschaft interessiert sich wenig für die Neuen Länder. Der Tag- und-Nacht-Gegensatz zwischen einigen perspektivlos absterbenden ländlichen Gebieten einerseits sowie der hohen Lebensqualität und der kreativen Dynamik junger Städte wie Leipzig, Dresden oder Jena andererseits wird kaum wahrgenommen. In Leitartikeln wird von einem ostdeutschen Phänomen geschrieben. Das Image auch der attraktiven Großstädte ist im Sog der rechtsextremen Gewalttaten stark angeknackst.

Zwei Dinge sind zu tun, um den Herausforderungen gegen die rechte Gewalt zu begegnen und den Standort attraktiv für Spitzenkräfte zu machen. Zunächst gilt es vor allem in den ländlichen Regionen die Kräfte der bürgerlichen Zivilgesellschaft und die Initiativen für Toleranz und demokratische Kultur weiter zu stärken. Die gesellschaftliche Hegemonie mehr oder weniger rechtsextrem motivierter Gewalttäter in einigen Regionen muss aufgebrochen werden. Zwar gibt es schon eine Vielzahl geförderter Aktivi-



Klaus Wurpts

ist Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland. Darin engagieren sich strukturbestimmende Unternehmen sowie Kammern und Städte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit dem gemeinsamen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und Vermarktung der traditionsreichen Wirtschaftsregion Mitteldeutschland.

täten, doch lassen vielerorts die Qualität der Arbeit als auch die tatsächliche politische Rückendeckung und damit die finanzielle Schlagkraft der Initiativen zu wünschen übrig. All zu häufig sind Gegen-Rechts-Initiativen nur ein Feigenblatt der kurzsichtigen Politik, man tue doch etwas. Dass kulturelle Vielfalt und Toleranz einen gesellschaftlichen Gewinn darstellen kann, wird hier aber nicht wirklich verstanden.

Schließlich müssen die Fördergelder für den Aufbau in noch höherem Maße auf die erfolgreichen wirtschaftlichen Ballungszentren konzentriert werden. Sie allein bieten wirtschaftliche und demografische Perspektiven für junge Menschen und können angesichts ihrer hohen Lebensqualität in noch stärkerem Maße als bisher für internationale Spitzenkräfte attraktiv gemacht werden. Es braucht mutige Politiker, die die Wahrheit aussprechen, dass einige ländliche Regionen keine Zukunft haben, dass diese Zukunft aber sehr wohl in den großen, kulturell vielfältigen und weltoffenen Zentren Ostdeutschlands liegt. □